

MEDIEN VERGESSEN NICHT

Langzeitwirkung: Der neue UBS-Chef laviert nicht! Unser Autor Marcus Knill verglich die jüngsten Aussagen von Oswald Grübel mit früheren Stellungnahmen und geizt nicht mit Komplimenten: Nicht übel, Herr Grübel – Sie kommen bei den Vergleichen sehr gut weg!

Text: **Marcus Knill*** Bilder: **UBS**



Der Neue ist rhetorisch nicht mehr ganz der Alte – und das ist gut so: UBS-Chef Oswald Grübel.

Wer die Aussagen von Politikern vor und nach Wahlen vergleicht, stellt immer wieder fest: Sie vergessen rasch, was sie früher gesagt haben, und sind sich nicht bewusst, dass Journalisten ein Langzeitgedächtnis haben. Was publiziert wurde, bleibt gespeichert! Nicht immer stolpern Politiker so plump wie Frau Ypsilanti, deren Wortbruch ihr zum Stolper-

stein geworden war. Sie versprach in Hessen erst hoch und heilig, unter keinen Umständen mit den Linken zusammenzuspannen, und war später doch bemüht, zusammen mit Hilfe der Linken an die Macht zu gelangen. Kann man einem Politiker nachweisen, dass er später das Gegenteil dessen sagt, was er früher gepredigt hatte, greifen die Wortbrüchigen gerne zu bewährten Antworttechniken, um sich aus der heiklen Situation herauszumanövrieren: Sie sagen beispielsweise, man sei jetzt klüger

geworden, oder behaupten, die alte Aussage sei aus dem Zusammenhang herausgerissen worden. Den zitierten Gedanken habe man in einem anderen Kontext geäußert und werde heute falsch interpretiert. Oder es wird behauptet, die Situation habe sich völlig verändert, und es habe sich gezeigt, dass man sich den neuen Gegebenheiten anpassen musste. Selten gibt der Entlarvte zu, er habe sich geirrt, oder gesteht offen, dass der aufgedeckte Widerspruch ein Fehler war.

* In dieser Rubrik analysiert Medienpädagoge, Kommunikationsberater und Autor Marcus Knill (knill.com und rhetorik.ch) Geschehnisse aus dem Bereich Medienrhetorik.

Ob sich unser Bundespräsident schon vorbereitet hat auf den Vorwurf, er laviere zu oft in der Krise – im Zusammenhang mit den Erpressungen der Schweiz? Wir haben es noch in den Ohren, wie Bundespräsident Hans-Rudolf Merz immer wieder beteuert hat: Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar! Basta! Seit Anfang März ist er Mitglied einer Dreiergruppe, zusammen mit seinen Kolleginnen Eveline Widmer-Schlumpf und Micheline Calmy-Rey, um sich der Krise anzunehmen. Und plötzlich ist nun für Finanzminister Merz alles verhandelbar. Beim neuen Chef der UBS interessierte es mich auch deshalb nachzuprüfen, ob seine heutigen Antworten mit früheren Aussagen übereinstimmen. Vorweg gesagt: Sie stimmen überein.

VERGLEICH DER ZITATE ZUM "BANKKUNDENGEHEIMNIS"

Frühere Bemerkungen Grübels zum Bankgeheimnis finden wir in einer Kolumne vom 20. März 2008 in der *Bilanz*: "Wir respektieren mehr als jedes andere Land die Privatsphäre unserer Bürger. In einer Zeit, in welcher der Bürger in Europa unter dem Deckmantel des Umverteilungssozialismus immer mehr bevormundet wird, wird die Schweiz mit ihrer Direktdemokratie als eines der attraktivsten Länder für Kapitalanlagen und Investitionen gesehen." Ferner fand ich Grübels Stellungnahme zum Bankgeheimnis im Interview aus dem *SonntagsBlick* vom 20. April 2008:

"Das Bankgeheimnis ist nur anstössig, weil es Geheimnis heisst. Natürlich wäre es nachteilig für den Finanzplatz, wenn Kundendaten von ausländischen Regierungen eingesehen werden könnten. Menschen, die Geld haben, wollen sich schützen. Heute gibt es Terrorismus, Entführungen, Erpressungen. In der Schweiz fühlt man sich sicherer. Auch die Rechtssicherheit ist bei uns grösser als in anderen Staaten. Diese Werte können wir nicht leichtfertig hergeben." Im Interview in der *Weltwoche* vom 7. August 2008 konnten wir lesen: "Man muss die Flucht nach vorne ergreifen, deutlich machen, dass wir nicht als Land angesehen werden wollen, in dem Steuerflüchtlinge und Geldwäscher Unterschlupf finden. Wir haben im Gegenteil grosse Fortschritte gemacht. Die Schweiz hat die härtesten Geldwäscherei-Gesetze der Welt." Nun zitiere ich aus einem der jüngsten

Interviews im *TagesAnzeiger* vom 27. Februar 2009 nach seiner Ernennung: Der Journalist geht auf das Stichwort Bankgeheimnis ein: Muss sich die Schweiz bewegen?

Grübel: Natürlich, aber mit allen Dingen, die Geheimnis heissen, muss man ein wenig anpassen. Man kann diese Dinge nicht jeden Tag anpassen, nur weil jemand da draussen schreit, er habe ein Begehren. Das Bankgeheimnis wird angegriffen, weil es so viel Erfolg hatte, weil Millionen von Ausländern ihr Geld in die Schweiz gebracht haben. Zur Debatte über den Unterschied zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug: Wir haben es in den letzten Jahrzehnten nicht verstanden, dies dem Ausland gegenüber zu erklären. Ich glaube, wir müssen jetzt Klarheit schaffen, was unter dem Bankgeheimnis wirklich geschützt werden soll. Es hat 75 Jahre überlebt. Ich glaube, es wird auch die nächsten 75 Jahre überleben. Aber es wird sich den Marktverhältnissen anpassen.

AUS DER NZZ AM SONNTAG, 1. MÄRZ 2009

NZZ: Muss man das Bankgeheimnis neuen Gegebenheiten anpassen?

Grübel: Ja, aber das haben wir im Laufe der Jahre immer wieder machen müssen. Es ist fraglich, ob das Bankgeheimnis auch in Zukunft Steuerhinterzieher schützen kann. In einer solchen Krise ist es nicht erstaunlich, dass alle Staaten sehr sensitiv auf Steuerhinterziehung reagieren. Und dass das Recht des Stärkeren gilt.

KOMMENTAR

Oswald Grübel widerspricht bei der Thematik Bankgeheimnis im Grundsatz nicht. Er modifiziert lediglich seine bisherige Meinung. Er signalisiert Flexibilität hinsichtlich weiterer Anpassungen an die neue Situation. Konkret auf diese Anpassung angesprochen, erfahren wir am 27. Februar in einem vorab veröffentlichten Interview von Grübel in der Zeitung *Finanz und Wirtschaft*, das Bankgeheimnis müsse angepasst werden, damit die Schweiz nicht unter zu grossen politischen Druck gerate und das Bankgeheimnis am Ende ganz verliere. Auf die Frage, welche Anpassungen nötig seien, macht der UBS-CEO in zwei verschiedenen Interviews die gleiche Aussage:

"Es ist fraglich, ob wir weiterhin unter dem Bankgeheimnis Steuerhinterzieher verstecken können." In allen Interviews setzt sich Grübel beim Thema Bankgeheimnis für eine offensive Haltung des Bundes ein, weil die Schweiz nichts zu verbergen habe.

VERGLEICH DER ZITATE ZUR "BONUS-UND-MALUS"-THEMATIK

Was sagte Oswald Grübel früher zur Boni-Debatte?

Das ganze System ist kurzfristig. Im Investmentbanking sind die Angestellten am Umsatz beteiligt statt am Gewinn. Sie erhalten im Schnitt 50 Prozent der Einnahmen. Dieses System ist überholt und wird nicht überleben.

Quelle: Interview im SonntagsBlick, 20. April 2008

Sie stellen es dar, als hätten die hohen Bezahlungen etwas damit zu tun, dass es diese Krise gibt. Das würde ich nicht so sagen. Die falschen Anreize durch Boni sind nur ein kleiner Teil des Problems.

Quelle: SF-Dokumentarfilm "Geld, Gier und Grössenwahn", 11. Dezember 2008.

Das Bankgeschäft wird sich grundlegend ändern, auch durch die Forderungen der Regierungen nach VR-Einsatz und Mitspracherecht bei der Entlohnung. Das Volk jubelt, aufgepeitscht durch die Boulevardmedien, dass es überbezahlten Bankern an den Kragen geht. Man muss allerdings in aller Fairness sagen, dass die Banker sich das selbst eingebrockt haben. Die Misere fing an, als sich die Banken untereinander nicht mehr vertrauten.

Quelle: Kolumne in der Bilanz, 24. Oktober 2008.

UND WAS SAGT ER HEUTE ZU DIESER THEMATIK?

In der NZZ am Sonntag vom 1. März 2009 lesen wir nun im Interview mit Grübel:

NZZ am Sonntag: Sie haben vor Kurzem öffentlich das neue Lohnsystem der UBS, ein Bonus-Malus-System, kritisiert. Wie sehen Sie das heute, als neuer UBS-Chef?

Grübel: Ein Bonus-Malus-System macht es mir halt schwieriger, Spitzenleuten genau zu sagen, wie viel sie verdienen werden, weil sie den möglichen Bonus erst in drei bis fünf Jahren erhalten. Das Perverse an den Banker-Boni ist

doch, dass sie am Brutto- und nicht am Netto-Einkommen bemessen sind. Ja, dieses Modell ist falsch. Ich habe diese Entwicklung, die von Amerika kam, immer kritisiert. Die Aktionäre hätten sicher nichts dagegen, wenn ein Teil des Netto-Gewinns als Bonus ausbezahlt würde. Wir hätten nie so grosse Probleme bekommen, wenn die Gesamtbank einen Gewinn machen muss, damit Boni bezahlt werden.

KOMMENTAR

Auch bei dieser Frage widerspricht sich Grübel nicht. Er sagte schon früher, dieses System sei überholt und werde nicht überleben. Heute schlägt der UBS-Chef nun eine neue konkrete Änderung vor: Die Boni müssten nicht am Brutto-, sondern am Netto-Gewinn bemessen werden. So wäre es denkbar, dass ein Teil des Netto-Gewinns als Boni ausgezahlt würde. Vergleich der Zitate zur "Verkleinerung der UBS" (Aufteilung in Tochtergesellschaften): Ich habe zum aktuellen Vorschlag "Bildung von Tochtergesellschaften" von Oswald Grübel in alten Interviews keine direkten Antworten gefunden. Er äusserte sich nur zur Globalisierung des Bankwesens und wünschte die Konzentration auf lokale Märkte. Damit meint er aber keine eigentliche Aufspaltung der Grossbank.

Ich zitiere:

Wir werden in Zukunft sicher ein gesünderes Bankensystem haben. Es wird nicht mehr diese enormen Kreditvergaben geben, bei denen es praktisch kein Limit gibt. Und es wird eine Abwendung vom globalen Bankengeschäft geben, auf eine Konzentration der lokalen Märkte hin. Dadurch wird die Globalisierung, welche unserer Wirtschaft ein enormes Wachstum brachte, gestoppt, und sie wird zurückgehen.

Quelle: Interview in der Weltwoche,

2. Oktober 2008.

Im Februar 2009 nimmt nun Grübel erstmals konkret Stellung zur Idee Bildung von Tochtergesellschaften.

NEUES INTERVIEW SF

(zitiert aus *Tagf-Interview vom 27. Februar 2009*)

Frage: Am 9. März kommt der heisse Vorstoss in den Nationalrat. Die Zustimmung ist in der Sondersession zur UBS-Krise bei diesen Mehrheitsverhältnissen praktisch sicher. Und was lässt der neue starke Mann der UBS am gleichen Tag in einem *Tages-Anzeiger*-Interview verlauten?

Oswald Grübel: Die Idee einer Holding etwa, in der man Teile, die einem nicht passen, pleitegehen lassen könnte – das sind Hirngespinnste, die sehr weit von der wirtschaftlichen Realität entfernt sind.

INTERVIEW IM SONNTAGSBlick 1. MÄRZ 2009

SoBl: Christoph Blocher will mit Unterstützung der Linken die UBS in Einzelteile zerlegen.

Oswald Grübel: Blochers Plan wird zwar von den Linken unterstützt, aber in den Details werden sich die beiden Lager nie einig werden. Ich stimme damit überein, dass es keine Bank mit dem Anhängsel "too big to fail" geben sollte – die also zu gross ist, als dass man sie untergehen lassen könnte. Das hätten wir von Anfang an verhindern müssen.

KOMMENTAR

Die jüngste Bemerkung steht nicht im Gegensatz zu Grübels Idee der Konzentration

auf lokale Märkte. Immerhin ist er mit dem Grundsatz einverstanden: Keine Bank darf so gross sein, dass man sie nicht mehr fallen lassen kann.

Grübel lehnt immer eine Aufspaltung ab

Dabei erfahren wir nicht, wie er diesen gordischen Knoten lösen will: Die Grossbank beizubehalten – und sie dennoch so zu verkleinern, damit man sie fallen lassen kann, aber ohne die Bank aufzuteilen.

FAZIT

Es ist nicht selbstverständlich, dass ein Banker noch weiss, was er früher in der Öffentlichkeit gesagt hat. Entweder hat jemand – der synchrone Äusserungen von sich gibt – ein gutes Langzeitgedächtnis, oder er ist stringent im Denken. Wenn er nämlich immer das sagt, was er meint, muss er keine Angst haben, sich zu widersprechen. Wenn Grübel in seiner *Bilanz*-Kolumne Mitte letzten Jahres geschrieben hatte: "In unserer Welt regiert das Geld und nicht die Ethik", so zeigt dies, wie Oswald Grübel denkt. Weil seine frühere Aussage zeitlos ist, kann sie immer wieder abgerufen werden. Für mich beschreibt der UBS-Chef in diesem Ausspruch eine zeitlose Wahrheit. Niemand könnte behaupten, dass die Ethik bei Geldgeschäften eine übergeordnete Rolle spielt. **Übrigens:** Sehr gute negative Beispiele für fehlendes Langzeitgedächtnis finden wir unter den benachbarten "Kavalleristen". So vertritt ein Politiker, Horst Seehofer, in kurzem Wechsel jeden Standpunkt, seine Kanzlerin, Frau Merkel keinen. Oder: Wenn, dann erst "hinterher". ■

INSERAT 1/3 QUER RA

XXXX

235 X 100